

Luzernerinnen und Luzerner sind in Sachen Ladenöffnungszeiten konservativ. Lediglich die Öffnungszeiten abends und samstags wurden vor sechs Jahren etwas verlängert. Ein neuer Liberalisierungsversuch wird nun auf nationaler Ebene unternommen: Der Kanton Zürich verlangt in einer Standesinitiative, dass die Anzahl der Sonntagsverkäufe von heute vier auf zwölf Sonntage pro Jahr erhöht wird. Maximal knapp, mit Stichtentscheid des Ratspräsidenten, wurde dies im Ständerat kürzlich abgelehnt.

Die Luzerner Standesvertretung neutralisierten sich bei der Abstimmung: **Andrea Gmür (Mitte)** votierte gegen, **Damian Müller (FDP)** für mehr Sonntagsverkäufe. Gmür argumentierte in der Debatte unter anderem mit dem «Sonntag als Atempause der Gesellschaft» und meinte zudem: «Mehr Verkaufssonntage sind wie das Verschieben von Kuchenstücken auf einem Teller. Der Kuchen selbst wird dadurch nicht grösser, und die Leute kaufen ihre Schuhe, Kleider oder Haushaltswaren nicht plötzlich dreimal, weil die Läden häufiger am Sonntag geöffnet sind. Die Einkäufe werden lediglich auf einen zusätzlichen Tag verteilt, während die Kosten für Personal, Betrieb und Infrastruktur steigen.»

Nun kommt das Geschäft in den Nationalrat. Wie werden die neun Luzerner Politikerinnen und Politiker dort votieren? Und: Wie halten sie es eigentlich persönlich mit Sonntageinkäufen? Für die Standesinitiative ist **Franz Grüter (SVP)**: «Ich werde dieser Forderung zustimmen. Aus meiner Sicht soll es den Geschäften grundsätzlich selbst überlassen werden, ob sie an Sonntagen öffnen möchten oder nicht. Ich verrete hier eine liberale Haltung.» Während seiner Zeit im Ausland habe er erlebt, dass Sonntagsverkäufe vielerorts selbstverständlich seien, ohne dass dadurch Nachteile entstünden. Eine Ausweitung von vier auf zwölf Sonntagsverkäufe pro Jahr sei «ein vernünftiger und massvoller Schritt». Persönlich kauft Grüter ebenfalls sonntags ein, in einem Hofladen seiner Heimatgemeinde Eich.

Grüters Parteikollegin, Nationalrätin **Vroni Thalmann-**



Braucht es mehr Sonntagsverkäufe?

Im Kanton Luzern haben es Liberalisierungen der Ladenöffnungszeiten schwer. Auf Bundesebene wird nun ein neuer Anlauf genommen. Was sagen unsere Bundespolitiker dazu?

Bieri aus Flühl, stimmt anders: Sie lehnt zusätzliche Sonntagsverkäufe ab, «weil es schon genügend viele Möglichkeiten gibt zum Einkaufen». Sie schätze, «dass der Sonntag noch etwas Spezielles sein darf für Familie, Freunde, Vereine, Gesellschaft und auch Spiritualität». Die Frage, ob sie sonntags einkaufe, hat Thalmann-Bieri nicht beantwortet.

Nationalrat **Peter Schilliger (FDP, Udligenswil)**, der nur selten an Sonntagen einkauft, wird für die zusätzlichen Sonntage votieren. Er will gleich lange Spiesse für alle: «Was mich erschreckt, sind die grossen Käufermengen am Sonntag in den Tankstellenshops oder in den Geschäften im Bahnhof. Diese einseitige Bewilligung für den Sonntagsverkauf und

abends finde ich aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit höchst störend.»

Auch **Pius Kaufmann (Mitte, Wiggen)** wird den zusätzlichen Sonntagsverkäufen im Nationalrat zustimmen; eine Begründung lieferte er dazu nicht. Persönlich kauft er an Sonntagen ein, in Tankstellenshops. Sein Parteikollege **Leo Müller (Mitte, Ruswil)** lehnt die Initiative hingegen ab. Er sagt: «Ich wehre mich dagegen, dass der Sonntag immer mehr auch zum Arbeitstag werden soll.» Auch persönlich will er am Sonntag nicht als Kunde in einem Laden stehen, ausser es sei ein Notfall: «Ich tätige keine Einkäufe, die an Werktagen gemacht werden können.»

Martin Messmer

Gegen die Ausweitung der Sonntagsverkäufe ist **Michael Töngi (Grüne, Kriens)**: «Der Sonntag soll ein Ruhetag zur Erholung und der Beziehungspflege bleiben. Offene Läden führen auch zu weiterem Verkehr, am Schluss haben wir am Sonntag gleichzeitig Ausflugs- und Einkaufsverkehr und gleich viel Verkehr wie an einem Werktag.» Selber kauft Töngi «alle paar Wochen» mal sonntags ein.

Hasan Candan holt sich Proviant fürs Wandern

Ebenfalls gegen die Standesinitiative werden die beiden **Stadtluzerner SP-Nationalräte Hasan Candan und David Roth** stimmen. Roth ist dagegen, «weil damit die gemein-

same Freizeit von Familien und Freundeskreisen weiter ausgehöhlt wird». Zudem habe sich die Luzerner Bevölkerung mehrmals klar gegen eine Ausweitung ausgesprochen; ein Argument, das auch Candan für sein Stimmverhalten in Bern anführt. Roth plant seine eigenen Einkäufe grundsätzlich ausserhalb des Sonntags. «Ich schätze es, dass dieser Tag weitgehend einkaufsfrei bleibt und Raum für Familie, Freunde, Erholung und gesellschaftliches Engagement bietet.» Candan hingegen kauft am Sonntag am Bahnhof ein, wenn er in die Berge geht und Verpflegung für die Wanderung oder das Znacht danach braucht. Er hat allerdings eine Einschränkung: «Sonntageinkäufe vor Weihnachten vermeide ich bewusst, es hat mir ein-

fach zu viele Menschen in der Stadt.» Diese bestehenden Sonntageinkäufe stelle er nicht in Frage, «aber ich möchte nicht noch mehr Sonntage, an denen die Stadt voll ist».

Noch unentschieden ist **Priska Wismer-Felder (Mitte, Rickenbach)**: «Ich entscheide mich erst definitiv, wenn wir die Vor- und Nachteile in der Fraktion besprochen haben. Das wird wohl vor der Herbstsession sein.» Persönlich sehe sie das Anliegen jedoch sehr skeptisch. Sie befürchte etwa, dass durch die erweiterten Öffnungszeiten kleine Verkaufsläden und kleine Betriebe weitere Nachteile haben könnten. Selber kauft Wismer sonntags mal an einem Tankstellenshop etwas Dringendes ein, «wenn die Planung beim normalen Einkauf versagt hat. Das kommt aber selten vor». Vor Weihnachten kaufe sie bewusst nicht an Sonntagen ein.

«Ab und zu Sonntagszopf in unserer Qualitätsbäckerei»

Und wie steht es um das Konsumverhalten am Tag des Herrn der Luzerner Vertretungen im Ständerat? **Damian Müller (FDP)**, der «entsprechend meiner liberalen Grundhaltung für die Standesinitiative gestimmt» hat, kaufe nur selten am Sonntag ein. Nein gestimmt hatte seine Kollegin **Andrea Gmür (Mitte)**. Sie kauft «gelegentlich den Sonntagszopf in unserer Quartierbäckerei ein; selten am Bahnhof ein paar Lebensmittel, bei denen ich den Eindruck habe, sie zwingen zu benötigen». Einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten stehe sie während der Wochentage positiv gegenüber, ergänzt sie; eine generelle Öffnung an zwölf Sonntagen lehne sie jedoch gemäss Votum im Ständerat ab.

Linke geschlossen, Bürgerliche gespalten

Fazit: Nach dem Nein im Ständerat könnte es die Verdreifachung der Anzahl Sonntagsverkäufe auch im Nationalrat schwer haben; jedenfalls, wenn man das Stimmverhalten der Luzerner Vertretungen als Massstab nimmt, wo eine Mehrheit der neun Vertretungen dagegen ist. Die drei linken Nationalräte stimmen Nein, während es in der SVP und in der Mitte jeweils unterschiedliche Meinungen gibt.

Schneller und günstiger bauen? Dies will die Stadt Luzern prüfen

Ein in Deutschland erprobter Gebäudetyp könnte die Wohnungsnot zusätzlich lindern. Der Stadtrat zeigt sich offen für ein Pilotprojekt.

Roman Hodel

Überaus deutlich hat die Stadtluzerner Stimmbevölkerung am Sonntag die beiden Wohnraum-Gegenvorschläge angenommen. Dank Vorkaufrecht und aktiverer Bodenpolitik soll der Anteil gemeinnütziger Wohnungen rascher steigen, wie vom Volk gewollt. Beide Instrumente basieren zwar auf rot-grünen-Initiativen, doch der hohe Ja-Anteil zeigt, dass auch viele bürgerlich Wählende empfänglich für die Vorlagen waren.

Um die Situation zu entspannen, braucht es aber weitere Massnahmen. Dabei könnte

auch eine Idee von bürgerlicher Seite eine Rolle spielen: In einem Postulat fordert Luzi Andreas Meyer (Mitte) die Prüfung eines Gebäudetyps E. Dabei handelt es sich um ein in Deutschland entwickeltes Konzept, bei dem kostengünstiger und unbürokratischer gebaut werden kann, ohne die grundlegenden Sicherheits- und Hygienestandards zu gefährden. Dies geschieht in Deutschland, indem als Beispiel die Geschossdecke reduziert wird auf Kosten des Schallschutzes.

In seiner kürzlich dazu veröffentlichten Stellungnahme zeigt sich der Stadtrat grundsätzlich zur Entgegennahme

des Vorstosses bereit und will prüfen, ob und in welchem Rahmen ein städtisches Pilotprojekt zur Anwendung des Gebäudetyps E initiiert werden kann. Denkbar sei hierfür beispielsweise eine sanierungsbedürftige, grössere Wohnsiedlung. Es könnten sowohl Sanierungslösungen in unterschiedlichen Eingriffstiefen als auch Neubauteile geprüft werden. Die Stadt sei ebenfalls daran interessiert, ein Pilotprojekt eines gemeinnützigen Wohnbauträgers zu begleiten. Hierfür werde das Interesse beim G-Net Luzern, dem Zusammenschluss der Wohnbaugenossenschaften, abgeklärt.

Beim Pilotprojekt soll sich zeigen, inwiefern Abweichungen vom Bauen innerhalb des heutigen Rechts möglich sind, welche gesetzlichen Anpassungen allenfalls nötig wären und ob diese zu einer schnelleren Realisierung, tieferen Baukosten sowie günstigeren Wohnpreisen führen würden.

«Ein Kulturwandel in der Verwaltung»

Postulant Meyer zeigt sich auf Anfrage erfreut über die Unterstützung des Stadtrats und sagt: «Für mich geht es beim Gebäudetyp E nicht um tiefere Standards oder weniger Sicherheit. Es geht um einen Kultur-

wandel. Einfaches Bauen, die flexible Handhabung von Verfahren und das phasengerechte Einreichen von Unterlagen sollen Teil der DNA unserer Verwaltung werden.» Dazu brauche es eine enge Zusammenarbeit und die Bereitschaft von Behörden, Bauherrschaften und Planenden, Zielkonflikte gemeinsam abzuwägen und zweckorientierte Lösungen zu ermöglichen.

Vieles, was heute für ein Baugesuch verlangt werde, habe gute Gründe, so Meyer: «Aber wir brauchen den Mut zu fragen, ob die Summe aller gut gemeinten Anforderungen uns noch handlungsfähig hält.» Der

Gebäudetyp E biete die Chance, einen pragmatischeren Ansatz zu erproben «und Erkenntnisse zu gewinnen, wie wir einfacher, phasengerechter und lösungsorientierter bewilligen und bauen können».

Um unbürokratisch mehr günstigen Wohnraum zu schaffen, gäbe es noch radikalere Lösungen. Das zeigt ein Blick nach Zug, wo derzeit über «weisse Zonen» diskutiert wird. Dabei sollen Bauregeln wie die Ausnutzungsziffer aufgehoben werden und es müssten so viele Wohnungen wie nur möglich gebaut werden, mindestens 40 Prozent davon in Kostenmiete.